

Filter ohne Blase

Wie die rechtsextremistische Szene sich über das politische Tagesgeschehen informiert

Ann-Christin Wegener

DIE AUSGANGSSITUATION

„Die Stunde der Abrechnung wird kommen. [...] Dann werden wir nicht nur die Parlamente besetzen, viel wichtiger ist es dann auch, dass wir erst mal die Redaktionsstuben der Lügenpresse lahmlegen und besetzen“, rief der NPD-Politiker Andreas Storr 2010 auf der Bühne eines rechtsextremistischen Musikfestivals¹. Ab 2014 wurde der Begriff der Lügenpresse von den Pegida-Demonstranten in Dresden und anderen Städten aufgenommen und breitete sich seither geradezu inflationär aus, bald auch ergänzt um denjenigen der "Fake News". Parallel dazu florieren Internetseiten, Youtube-Kanäle und Facebook-Profile mit Namen wie "Anti-Zensur-Koalition"², "Der Fehlende Part" oder "Die

Welt hinter der Leinwand". Sie alle suggerieren, dass die "etablierten Medien", "etablierten Parteien" etc. nicht die Wahrheit sagen und inszenieren sich selbst als einzig wahrhaftiges Gegengewicht. Teilweise handelt es sich um eher monothematische oder kampagnenhafte Online-Präsenzen, teilweise aber auch um ausgereifte Nachrichtenportale bzw. -sender, die den Anspruch haben, das politische Geschehen umfassend abzubilden. Bekannte Beispiele hierfür sind der Youtube-Kanal Compact TV, die Online-Zeitung Die Tagesstimme oder das Portal Deutschland-Kurier. Sie werben mit ihrem "Mut zur Wahrheit"³ und stellen sich gegen den "Linksrutsch der Medienlandschaft und das Denk- und Schreibdiktat der Political Correctness"⁴. Auf diese Weise ist im Internet im Allgemeinen und den sozialen Netzwerken im Besonderen eine Gegen-



PAAF

PHÄNOMENBEREICHSÜBERGREIFENDE
WISSENSCHAFTLICHE
ANALYSESTELLE
ANTISEMITISMUS UND
FREMDENFEINDLICHKEIT

öffentlichkeit mit einem hohen Professionalisierungsgrad und teils erheblichen Nutzerzahlen entstanden - ein Phänomen, das in den Sozialwissenschaften unter Begriffen wie "Filterblasen" oder "Echokammern" diskutiert wird.

Die meisten der oben genannten alternativen Medien lassen sich dem rechtspopulistischen oder neurechten Spektrum zuordnen. Sie unterscheiden sich in ihrer Ausrichtung von der Ideologie der klassischen rechtsextremistischen Szene, dürften mit dieser aber gleichwohl stärkere ideologische Überschneidungen aufweisen als die politisch neutraleren Massenmedien⁵. Gegenüber vielen traditionellen rechtsextremistischen Presseorganen zeichnen sie sich durch ein deutlich größeres Angebot, ein meist höheres Aktivitätsniveau und eine häufig sehr viel ansprechendere Aufmachung aus. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, welche Rolle diese alternativen Nachrichtenportale für die rechtsextremistische Szene spielen. Oder etwas allgemeiner formuliert: Wie und anhand welcher Medien informiert sich die rechtsextremistische Szene im Internet über das politische Geschehen? Welche Konsequenzen hat die zunehmende Agitation gegen die "Lügenpresse"? In welchem Ausmaß haben wir es mit Echokammern und Filterblasen zu tun, in denen rechtsextremistische Akteure von Informationen und Meinungen, die dem eigenen Weltbild ideologisch widersprechen, zumindest in der virtuellen Welt systematisch abgeschnitten sind? Aufgrund welcher Mechanismen entstehen diese Echokammern und Filterblasen?

¹ Nazirock in Gera. "Wir sagen Tod, Vernichtung diesem roten Mob!" In: Zeit Online, 23.07.2010.

² Die Erwähnung von Organisationen und Gruppierungen hier und im Folgenden impliziert ausdrücklich nicht eine Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden.

³ <https://www.youtube.com/user/COMPACTTV> (abgerufen am 24.01.2020).

⁴ deutschland-kurier.org/redaktion (abgerufen am 24.01.2020).

⁵ Der Begriff der Massenmedien bezeichnet hier Medien, die sich an fast alle Teile einer Gesellschaft richten, im Gegensatz zu alternativen Medien, die nur bestimmte Milieus adressieren.

⁶ Näheres hierzu in einer ausführlicheren Darstellung der Studie und ihrer Ergebnisse unter www.lfv.hessen.de/paaf.

⁷ J. Guhl/J. Ebner/J. Rau: The Online Ecosystem of the German Far-Right. London 2020, S. 39.

DAS ANALYSE PROJEKT

Ein kursorischer Überblick über die verschiedenen Social-Media-Präsenzen maßgeblicher rechtsextremistischer Akteure zeigt, dass Facebook trotz zunehmender Konkurrenz-Portale nach wie vor das bei weitem wichtigste soziale Netzwerk darstellt⁶. Portale wie Bitchute oder Gab, die sich als "free speech"-Alternative zu Facebook und Twitter verstehen, gewinnen für die rechtsextremistische Szene zwar zunehmend an Bedeutung, sind von ihrer Reichweite innerhalb der Szene aber nach wie vor nicht annähernd mit Facebook vergleichbar, wie eine Studie des Institute for Strategic Dialogue zeigt⁷. Die vorliegende Untersuchung stützte sich deshalb im Wesentlichen auf die Auswertung von Facebook-Präsenzen - mit Ausnahme einiger Twitter-Kanäle von besonders relevanten Akteuren, deren Facebook-Profil in letzter Zeit gesperrt worden war.

Die rechtsextremistische Szene wurde dabei verstanden als all jene Gruppierungen und Organisationen, die seitens der Verfassungsschutzbehörden als rechtsextremistisch gewertet werden. Entsprechend orientierte sich die Auswahl konkreter Profile an den Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Länder. Einzelheiten zur Fallauswahl sowie eine Liste der insgesamt 64 ausgewählten Facebook-Profilen und Twitter-Kanäle findet sich in einer ausführlicheren Darstellung der Studie unter www.lfv.hessen.de/paaf. Alle im ersten Halbjahr 2019 auf diesen Profilen eingestellten Presseerzeugnisse, insgesamt 2.046, wurden gesichtet, protokolliert und im Hinblick auf die oben genannten Fragestellungen analysiert, wobei eine Mischung aus quantitativen und inhaltsanalytischen Methoden zur Anwendung kam.

ERGEBNISSE 1: DIE GERINGE BEDEUTUNG ALTERNATIVER NACHRICHTENPORTALE

Auf diese Weise zeigte sich zunächst einmal, dass die Rolle alternativer Nachrichtenportale für die rechtsextremistische Szene insgesamt überschaubar bleibt. Im Durchschnitt beziehen die verschiedenen Akteure lediglich ein knappes Viertel (24 Prozent) ihrer ge-

posteten Nachrichteninhalte aus diesen Medien. Ein Drittel der untersuchten Veröffentlichungen stammt hingegen aus großen Zeitungen, die sich dem Qualitätsjournalismus zuordnen lassen, ein gutes Viertel aus Regional- und Lokalzeitungen und 14 Prozent aus überregionalen Boulevardblättern.

Diese relativ geringe Bedeutung alternativer Nachrichtenportale mag angesichts der verbreiteten Agitation gegen die "etablierten Medien" überraschen. Allerdings bestehen hier zwischen den verschiedenen rechtsextremistischen Lagern erhebliche Unterschiede, wobei die Rolle alternativer Medien desto größer ist, je stärker die intellektuelle Orientierung des jeweiligen Milieus - von einem Anteil von nur 14 Prozent im Neonazi-Spektrum bis hin zu einem Anteil von etwa 60 Prozent bei der Identitären Bewegung: Mit dem intellektuellen Anspruch steigt auch der Abstraktionsgrad, Grundsatzfragen spielen eine größere Rolle denn konkrete tagespolitische Ereignisse, damit gewinnt an Bedeutung, aus welcher politischen Haltung heraus ein Beitrag verfasst ist.

Erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Lagern bestehen außerdem hinsichtlich der jeweils präferierten alternativen Medien. Ein lagerübergreifendes alternatives Leitmedium der rechtsextremistischen Szene lässt sich nicht ausmachen. Mehr als zehn Mal gepostet wurden lediglich die folgenden elf Portale: Deutsche Stimme (109 gepostete Presseerzeugnisse), Junge Freiheit (46), Die Tagesstimme (31), RT Deutsch (30), PI-News (26), Ungetrübte Media (23), Laut Gedacht (22), Compact (19), Einprozent.de (18), Epoch Times (15) und Tichys Einblick (13). Auf den ersten Blick sticht die NPD-Zeitung Deutsche Stimme hier deutlich hervor, außerhalb der NPD spielt sie allerdings quasi keine Rolle. Auch andere der genannten Publikationen werden nur von einigen wenigen Gruppierungen rezipiert, lediglich die Junge Freiheit, RT Deutsch, Compact, die Epoch Times und Tichys Einblick können eine gewisse lagerübergreifende Relevanz für sich beanspruchen.

ERGEBNISSE 2: RECHTSEXTREMISTISCHE PERSPEKTIVE TROTZ MASSEN MEDIEN

Im Mai 2019 lud die AfD Vertreter alternativer Medien (von der Partei als "freie Medien" bezeichnet) zu einer Konferenz in den Bundestag. Anlässlich dessen konstatierte der Rechtsextremismus-Experte Benno Hafenegger, es sei "langfristig von einer Spaltung der Medienlandschaft" auszugehen, "wobei die jeweiligen Teile dann ihre eigenen Wahrheiten produzieren und der Gegenseite vorwerfen, dass die nur Fake News verbreitet"⁸. Die Befunde der vorliegenden Untersuchung scheinen dieser Prognose zu widersprechen, die Bedeutung alternativer Medien erwies sich hier als überschaubar. Stattdessen legt der hohe Anteil von Massenmedien nahe, dass die untersuchten Akteure der dort eingenommenen Perspektive auf das politische Geschehen im Großen und Ganzen zustimmen, sowie dass das Bild, das auf den sozialen Netzwerkseiten zentraler rechtsextremistischer Akteure von unserer Gesellschaft und dem politischen Tagesgeschehen gezeichnet wird, sich nicht wesentlich unterscheidet von demjenigen, mit dem ein durchschnittlicher Bürger bei seiner täglichen Zeitungslektüre konfrontiert wird. Beides wäre ein erstaunlicher Befund. Und beides trifft tatsächlich nicht zu. Denn die inhaltliche Gesamtanalyse aller 2.046 Posts machte sehr deutlich: Wer sich mittels dieser Profile über das politische Geschehen informiert, dem präsentiert sich die Welt tatsächlich in einer Art und Weise, die sich nahtlos einfügt in ein rechtsextremistisches Weltbild - und das obwohl dort überwiegend Beiträge aus den Massenmedien zu lesen sind.

Wie ist ein derartiger Befund möglich? Die Antwort liegt in der Art und Weise, wie Presseerzeugnisse ausgewählt, kombiniert und kontextualisiert werden. Denn wir haben es hier zwar nur in eingeschränktem Maße mit einer Blase - im Sinne einer von der sonstigen Medienlandschaft abgetrennten Welt alternativer Medien - zu tun, aber sehr wohl mit vielfältigen und sehr wirksamen Selektions- und Filtermechanismen. Diese ermöglichen in der Gesamtschau eine subtile Verzerrung

⁸ So vernetzt ist die AfD mit den "freien Medien". In: hr-INFO, 16.10.2019.

des politischen Tagesgeschehens, die anhand einzelner Posts so nicht annähernd zu beobachten ist. Konkret sind dabei drei Mechanismen relevant:

1. Medienvielfalt ermöglicht Rechtsextremisten die Selektion von Inhalten, die in ihr Weltbild zu passen scheinen

Eine überraschende Erkenntnis der vorliegenden Analyse betrifft die enorme Vielzahl an medialen Angeboten, die durch die untersuchten rechtsextremistischen Akteure rezipiert werden. Die 2.046 Posts bzw. Tweets stammen aus 298 verschiedenen Medien. Im Schnitt rezipiert jeder Akteur jedes Medium nur 1,94 Mal. Anders formuliert: Wer auf seiner Facebook-Seite 100 Beiträge einstellt, der bezieht diese im Schnitt aus 51,5 verschiedenen medialen Angeboten. Er bezieht so viele Angebote ein, dass sich durch die gezielte Auswahl von Artikeln selbst in den Massenmedien genügend Veröffentlichungen finden, die sich *in der Gesamtschau* in ein rechtsextremistisches Weltbild integrieren lassen. Wer zehn Artikel aus Massenmedien postet, die in relativ nüchternem und sachlichem Ton ein bestimmtes durch Migration verursachtes Problem ansprechen, aber gleichzeitig jegliche Veröffentlichung mit Argumenten für Migration oder das Grundrecht auf Asyl weglässt, der erzielt möglicherweise mittelfristig einen stärkeren Effekt als jemand, der ein einzelnes reißerisches Anti-Migrations-Manifest aus einem alternativen Medium einstellt. Er kann sich darauf berufen, dass auch die Massenmedien dies berichten, aber gleichzeitig schleichend ein ganz anderes Bild etablieren. Wie dieses Bild aussieht, ist in dem roten Kasten auf der folgenden Seite zusammengefasst.

2. Medienberichte über einzelne Straftaten werden von Rechtsextremisten zu Pauschalisierungen herangezogen

Die Strategie, aus vielen kleinen, für sich genommen nicht extremistischen Puzzleteilen ein Weltbild zu konstruieren, das zu einem rechtsextremistischen Blick auf die Welt passt, kommt beim Thema Straftaten von Migranten am stärksten zum Tragen. Hier sind es in der Regel Berichte über einzelne Verbrechen, die gepostet werden. Dabei spielen Regional- und Boulevardzeitungen eine besondere Rolle. Während erstere insgesamt lediglich 26 Prozent aller Posts ausmachen, beträgt der Anteil im Themengebiet Straftaten von Migranten 40 Prozent. Aus Boulevardzeitungen stammen hier 25 Prozent aller Beiträge, gegenüber 14 Prozent insgesamt. Während Regionalzeitungen darauf setzen, dass sich Leser auch für einen eher unspektakulären Einzelfall interessieren, wenn sich dieser vor der eigenen Haustür zugetragen hat, greifen Boulevardzeitungen Einzelfälle deshalb auf, weil sich durch die Personalisierung des Nachrichtengeschehens die Emotionen ihrer Leser besonders aktivieren lassen. In beiden Fällen wird aus dem Einzelfall dann seitens der rechtsextremistischen Akteure häufig eine Pauschalisierung abgeleitet, in aller Regel durch den Begleittext, den der jeweilige Profilinhaber einem geposteten Presseergebnis beifügen kann. Es wird, teils sarkastisch, betont, dass es sich bei dem jeweiligen Ereignis eben nicht um einen Einzelfall handle ("Keine Angst! Alles wie immer nur Einzelfälle!"). Migranten werden als grundsätzlich kriminell dargestellt ("Immer wieder diese Südländer!"). In der Wissenschaftstheorie wird eine derartige Argumentationsweise als anekdotische

Impressum:

Herausgeber: Landesamt für Verfassungsschutz Hessen, Konrad-Adenauer-Ring 49, 65187 Wiesbaden
Stand: November 2020

Hinweis:

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschriften zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

DAS POLITISCHE TAGESGESCHEHEN IM SPIEGEL RECHTSEXTREMISTISCHER SOCIAL-MEDIA-PRÄSENZEN

Das auf den untersuchten Präsenzen entworfene Bild unserer Gesellschaft und des politischen Tagesgeschehens lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. *"Migranten sind kriminell".*
2. *"Migration ist unser allergrößtes Problem".*
3. *"Linke Parteien und linke Menschen sind Versager, Idioten und unser Verderben".*
4. *"Der Staat und die 'etablierten Parteien' sind Versager, Idioten und unser Verderben".*
5. *"Die rechtsextremistische Szene ist der einzige Gegenpol".*

Evidenz bezeichnet, wobei deren Beweiskraft in der Theorie als gering gilt, in der Praxis jedoch vielfach höher ist als diejenige statistischer Evidenz, da Erzählungen anschaulicher und einprägsamer sind als abstrakte Zahlenwerte.

3. Nachrichteninhalte werden durch Begleittexte in einen völlig anderen Kontext gestellt

Überhaupt ergibt sich das im roten Kasten skizzierte Bild des politischen Tagesgeschehens ganz wesentlich auch aus den (von den rechtsextremistischen Profilinghabern verfassten) Begleittexten zu den eingestellten Presseerzeugnissen. Sie geben diesen häufig eine völlig andere Stoßrichtung. So finden sich beispielsweise regelmäßig Artikel zu bestimmten gesellschaftlichen Problemen, die erst im Begleittext mit dem Zuzug von Migranten in Verbindung gebracht werden. Oder aber sachlich dargestellte politische Entscheidungen von (aus Sicht der rechtsextremistischen Szene) linken Akteuren werden im Begleittext diskreditiert. Die Beiträge werden so anschlussfähig an ein rechtsextremistisches Weltbild, gleichzeitig wird der Eindruck erweckt, dass auch die Massenmedien diese Sichtweise teilen.

FAZIT UND AUSBLICK

Die skizzierten Mechanismen stellen Staat und Gesellschaft vor besondere Herausforderungen. Viele der in den letzten Jahren entwickelten Instrumente im Kampf gegen virtuellen Hass - etwa das Netzwerk-

durchsetzungsgesetz oder erweiterte Auskunftsansprüche der Sicherheitsbehörden gegenüber Telemedienanbietern - können hier wenig ausrichten. Denn die vorliegende Studie hat deutlich gemacht, dass nicht nur strafbare Inhalte eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft und einen pluralistischen Diskurs bedeuten. Auch Beiträge unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit können ein rechtsextremistisches Weltbild propagieren. Das Land Hessen hat deshalb im Rahmen des Aktionsprogramms "Hessen gegen Hetze" eine Meldestelle geschaffen, die bewusst sämtliche Formen der Hassrede erfasst und an die jeweils zuständigen Instanzen weiterleitet. Dabei kooperiert die Meldestelle nicht nur mit den Sicherheitsbehörden, sondern auch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Beratungsstellen.

Die vorliegende Studie hat gleichzeitig aber auch gezeigt, dass der rechtsextremistisch geprägte Blick auf die Welt, die ideologischen Verzerrungen bei der Darstellung des politischen Tagesgeschehens sich meist nicht anhand eines einzelnen Beitrags aufzeigen lassen. Hier bedarf es ambitionierter medienpädagogischer Ansätze, die das Bewusstsein auch für komplexere und subtilere Filtermechanismen und deren Wirkung schärfen. Und hier ist es Aufgabe auch der Sicherheitsbehörden, diese Mechanismen immer wieder herauszuarbeiten. Die vorliegende Studie, deren Erkenntnisse in die Präventionsarbeit des LfV Hessen einfließen, kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Extremismus existiert nicht im luftleeren Raum. Nicht nur reagieren Extremisten auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und Umbrüche und versuchen, diese in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zahlreich sind darüber hinaus auch die Wechselwirkungen und programmatischen Überschneidungen zwischen den verschiedenen extremistischen Milieus und (Teilen) der Mehrheitsgesellschaft. Man denke nur an die mitunter breite Akzeptanz von fremdenfeindlichen Anti-Asyl-Initiativen und -Kampagnen bis hin zu gewaltsamen Übergriffen durch bis dato unbescholtene Bürger. Oder an die Tatsache, dass verschiedenen sozialwissenschaftlichen Studien zufolge um die 20 Prozent der deutschen Bevölkerung antisemitische Einstellungen hegen. Um extremistische Phänomene wirklich zu verstehen, braucht es ein Verständnis unserer Gesellschaft insgesamt. Damit der Verfassungsschutz seiner Aufgabe als Frühwarnsystem gerecht werden kann, darf er seine Augen auch vor einschlägigen gesellschaftlichen Entwicklungen jenseits des Extremismus im engeren Sinne nicht verschließen. Die beim Landesamt für Verfassungsschutz Hessen angesiedelte Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (PAAF) soll hierzu einen Beitrag leisten.

Dieser Beitrag beruht ausdrücklich nicht auf mit nachrichtendienstlichen Mitteln erhobenen Daten. Die besondere Stärke liegt vielmehr in der Erweiterung der sicherheitsbehördlichen Perspektiven und Erkenntnisse um aktuelle sozialwissenschaftliche Analyseansätze und -methoden. Die Analysestelle führt regelmäßig eigene wissenschaftliche Forschungsprojekte in den genannten Themenbereichen durch.

Die Ergebnisse dienen nicht nur der internen Beratung, sondern werden auch zivilgesellschaftlichen Akteuren und einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Sofern Sie die Veröffentlichungen der Analysestelle regelmäßig elektronisch erhalten möchten, schreiben Sie bitte eine kurze E-Mail an paaf@lfv.hessen.de.

AKTUELLE ANGEBOTE DER ANALYSESTELLE

VERÖFFENTLICHUNGEN

Die vorliegende Veröffentlichung ist die zweite Ausgabe in der Reihe PAAF-Analysen IN ALLER KÜRZE. Die erste Ausgabe zu Erscheinungsformen und ideologischen Hintergründen antisemitischer Agitation in den sozialen Netzwerken sowie eine ausführlichere Darstellung beider Studien und ihrer Ergebnisse finden Sie unter www.lfv.hessen.de/paaf.

FORTBILDUNGSANGEBOTE

Die Analysestelle steht für Vorträge zu beiden Studien sowie zu Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit im Allgemeinen gerne zur Verfügung.

Wenn Sie Interesse an diesen oder anderen Fortbildungs- und Beratungsangeboten zum Thema Extremismus haben, wenden Sie sich bitte an praevention@lfv.hessen.de.